

Lesetips

Minister fordern Verordnung

Die Konferenz der Arbeits- und Sozialminister der Länder hat die Bundesregierung im November einstimmig dazu aufgefordert, eine Rechtsverordnung zum Schutz vor psychischen Belastungen am Arbeitsplatz zu erlassen. Wie die Fachzeitschrift Gute Arbeit berichtet, vertrat das Gremium einhellig die Auffassung, »der Umgang mit arbeitsbedingten psychischen Belastungen im Arbeitsschutz« sei bisher »nicht geregelt«. Diese Lücke müsse geschlossen werden. Die Länder erwarten von der Verordnung demnach eine Konkretisierung des Arbeitsschutzgesetzes in bezug auf psychische Belastungen. Unternehmer sollen verpflichtet werden, Gefährdungen zu ermitteln. Zudem soll die Verordnung Maßnahmen benennen, um eine mögliche Gesundheitsgefährdung zu verringern oder zu vermeiden. Bei vielen Unternehmen treffen die Forderungen allerdings auf Ablehnung. Wie sie dennoch umgesetzt werden können und wie die Beschäftigten künftig besser vor arbeitsbedingtem Streß geschützt werden können, ist Thema eines von der IG Metall initiierten Antistreß-Kongresses am 23./24. April in Berlin.

(jW)

Gute Arbeit. Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung, Nr. 1/2013, 40 Seiten, Jahresabo: 166,80 Euro

Zwischen den Zeugniszeilen

Einen Überblick über das Zeugnisrecht und praktische Hinweise zur Geltendmachung und Durchsetzung von Zeugnisansprüchen liefert ein Beitrag des Bochumer Anwalts Javier Davila Cano in der aktuellen Ausgabe der Fachzeitschrift Arbeitsrecht im Betrieb. Er macht klar, daß man sich die in Zeugnissen verwendeten Formulierungen genau anschauen sollte. So ist beispielsweise nur die Aussage, der Beschäftigte habe seine Aufgaben »stets zur vollsten Zufriedenheit« des Vorgesetzten erledigt, eine sehr gute Leistungsbewertung. Die Formulierung, er habe die Aufgaben »zu seiner Zufriedenheit« erledigt, gilt in der Praxis hingegen als Hinweis auf eine unterdurchschnittliche, noch ausreichende Leistung. Eine schlechtere als befriedigende Bewertung muß der Arbeitgeber allerdings belegen können.

(jW)

Arbeitsrecht im Betrieb, Nr. 1/2013, 72 Seiten, Jahresabo: 135,60 Euro

Marginalisierung

Wie integrationsfähig ist das deutsche Berufsbildungssystem? Mit diesem Thema beschäftigt sich das aktuelle Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen. Es stellt beispielsweise die Frage, ob sich das Ausbildungsangebot heute tatsächlich noch an alle Schulabgänger richtet, oder ob u.a. Jugendliche mit Hauptschulabschluß zunehmend marginalisiert werden.

(jW)

WSI-Mitteilungen, Nr. 1/2013, 72 Seiten, Jahresabo: 88,20 Euro

<https://www.jungewelt.de/artikel/195387.lesetips.html>